iv SOZIALUNTERNEHMEN

Interessensvertretung der Dienstleistungsunternehmen
im psychosozialen- und Behindertenbereich Oberösterreich

SCHLUSS MIT DEN UNTERSTELLUNGEN!

Der gesamte Sozialbereich wird derzeit in einer Art und Weise von der Politik diskreditiert, die ungeheuerlich ist. Die im Sozialbereich tätigen Organisationen werden hingestellt als gierige Subventionsempfänger, deren Zweck allein darin besteht, nichts zu tun und viel zu kassieren. Die Beleidigungen und Unterstellungen, die Politiker derzeit von sich geben, gipfeln in Aussagen des FPÖ-Landesrates Haimbuchner, wonach das Sozialressort „wie bei... einer Darmspiegelung durchleuchtet werden solle". Der Anspielung auf die Produkte des Enddarms ist sich Haimbuchner entweder nicht bewusst oder er verwendet sie gezielt zur Diffamierung.

Am 1. August 2016 haben sich Edith Zankl von der Volkshife LebensArt (rechts), Gabriele Huber (assista), Heinz Thaler (Sprecher der Interessensvertretung Sozialunternehmen und Diakonie-Vorstand) mit OÖN-Redakteur Heinz Steinbock (links) in Linz mit den OÖN zum Pressegespräch getroffen und klar gestellt:

1) Die im Sozialbereich tätigen Organisationen sind keine Subventionsempfänger. Wir erbringen Leistungen, die die öffentliche Hand nicht erbringen kann oder nicht erbringen will. Diese Arbeitsleistung stellen wir in Rechnung, so wie das auch jeder Handwerker tut.
2) Die sozialen Dienstleistungsunternehmen bzw. die Leistungskalkulation wurden in den vergangenen Jahren von anerkannten Wirtschaftsprüfungskanzleien wie KPMG oder leitner&leitner, vom Landesrechnungshof sowie vom Finanz- und Sozialressort des Landes penibel durchleuchtet. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht.
3) Die im Behindertenbereich tätigen Organisationen haben im vergangenen Jahr gemeinsam mit dem Land ein straffes Einsparungsprogramm vereinbart, das bereits umgesetzt wird. Allein bis 2019 werden 25 Millionen Euro eingespart.
4) Weitere Kürzungen würden unweigerlich die Qualität in der Betreuung mindern und den Druck auf die Beschäftigten massiv erhöhen. Das wäre verantwortungslos.
5) Menschen in der Behindertenarbeit sind keine Großverdiener. Das durchschnittliche monatliche Nettoeinkommen bei den Beschäftigten (Auskunft Volkshilfe LebensArt nach BAGS) beträgt 1.650 Euro, bei Teilzeitkräften liegt der Schnitt bei 1.111 Euro.
6) Menschen mit Beeinträchtigungen brauchen unsere Unterstützung und Solidarität. Diese Arbeit kostet Geld. Wenn dieses Menschenrecht in Oberösterreich nicht mehr gelten soll, dann soll die Politik das klar und deutlich sagen und die Verantwortung dafür übernehmen.

Siehe auch: www.facebook.com/volkshilfe.ooe
www.facebook.com/diakoniewerk
Nützen Sie die Möglichkeit, die Facebook-Einträge zu teilen und zu liken.